

BEWERTUNG KOALITIONSVERTRAG

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

Koalitionsvertrag im Bereich „Rente“

„Weiter so“ bei der gesetzlichen Rente

Die Rente steht bei Union und SPD ganz im Zeichen der Bekämpfung von vermeintlicher und tatsächlicher Altersarmut sowie der Anerkennung der „Lebensleistung“ eines jeden Einzelnen. Dabei macht man sich erst gar nicht die Mühe, die Wurzel dieser Probleme anzupacken (Bildung, Arbeitsmarkt), sondern man versucht sie mit Geld zuzuschütten. Auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler versteht sich. So legen alle drei Parteien bis zum Jahr 2025, also über den eigenen zeitlichen Horizont der gemeinsamen Regierungszeit hinaus, eine doppelte Haltelinie für Rentenbeitrag (max. 20 Prozent) und Rentenniveau (bei 48 Prozent) fest. Vor allem beim Rentenniveau wird dafür die Rentenformel verändert zu Lasten der jungen Generationen (vermutlich wird der „Nachhaltigkeitsfaktor“ angegangen). Für die Zeit nach 2025 soll dann eine Rentenkommission weitere Empfehlungen für die Rentenpolitik geben.

Bis dahin allerdings werden noch einmal kräftig Geschenke verteilt. An die jetzige Rentnergeneration bzw. an jene, die demnächst in die Rente gehen werden („Baby-Boomer“). So wird zum einen eine „Grundrente“ eingeführt, die 10 Prozent über der jeweiligen Grundversicherung im Alter liegen und jene begünstigen soll, die mindestens 35 Beitragsjahre (inkl. Zeiten der Kindererziehung und der Pflege) vorweisen können. Einziger Lichtblick ist hierbei, dass für die Inanspruchnahme, ähnlich wie bei der Grundsicherung im Alter, eine Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt und damit Mitnahmeeffekte verhindert werden sollen.

Für Selbständige sehen die Parteien eine Altersvorsorgepflicht vor. Selbständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen „geeigneten insolvenzunsicheren“ Vorsorgearten wählen können. Die Rentenversicherungspflicht für Selbständige ist somit abgewehrt. Es kommt nun darauf an, was der Staat für „insolvenzunsicher“ hält.

Positive Themen wie „private Altersvorsorge“, Anreize für längeres Arbeiten oder die „Flexi-Rente“ werden zwar genannt, aber lediglich recht allgemein beschrieben („weiterentwickeln“, „nachhaltig gestalten“). Letztlich durchzieht die Rentenpolitik von Union und SPD ein starker Geist der Leistungsausweitung und des Ausbaus des Sozialstaates. Künftig werden immer weniger Beitragszahler immer stärker zur Kasse gebeten. Auch wird der Steuerzuschuss in die Rente kurzfristig die 100 Milliarden Euro-Grenze im Jahr überschreiten.

Union und SPD scheinen sich nicht darüber im Klaren zu sein, dass die Ansprüche aus den Rentengeschenken von heute auch morgen und übermorgen, in guten wie in schlechten wirtschaftlichen Zeiten erfüllt werden müssen.